

Dresdner Volkszeitung

Hauptschriftort: Dresden
Raden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden.
Konten der Arbeiter, Angestellten
und Kaufleute, A.-G., Dresden.
Gebrüder Weiskopf, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Sitzungen kriegswirtschaftl. Ver. ist es durch oder ohne Zutritt höherer Gewalt, bei der Besizer der Dresdner Volkszeitung keine Anwesenheit auf Verlangen des Verwalters oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementpreis einschließlich Briefporto mit der täglichen Unter-
stützungsbefreiung (Lohn, Waisen, Kunst) außerdem Post und Zeit-
ungsentgelt 2,50 RM. Vierteljährlich 1,10 RM. Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibweise: Weiskopfschreibweise Nr. 2521. Sprech-
stunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftszeit: Weiskopfschreibweise Nr. 2521 und 12 707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareille-
zeile 30 Pf., die 30 mm breite Hellzeile 200 Pf., für auswärtsige
Anzeigen 40 Pf., und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Ver-
mittlung 40 Pf., Rabatt für Briefmitteilung 10 Pf.

Nr. 161

Dresden, Donnerstag den 12. Juli 1928

39. Jahrg.

Wissells Programm

SPD. Der Reichsarbeitsminister Wissell machte am Freitag vor Vertretern der Presse über das Arbeitsprogramm seines Ministeriums u. a. folgende Ausführungen: Das Arbeitsprogramm wird, wie angekündigt, dem Reichstag demnächst vorgelegt werden, wird vorher noch einmal das Reichskabinett beschäftigen. Die Regelung der Arbeitszeit soll noch strenger werden. Entsprechend den Vorschlägen der Gewerkschaften soll auch die Arbeitsaufsicht, ihre Berechtigung und Verantwortung noch einmal in dem Kabinett behandelt werden. Die notwendigen Einrichtungen der Berufsvereinigungen zur Unfallversicherung müssen einer Arbeitsaufsicht nutzbar gemacht werden.

Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Schiffsundentag ist bereits von der Regierung angeordnet. Die durch das Ratifizierungsbegehren Englands entstandenen Schwierigkeiten wird man dabei zu beheben suchen. Die Ratifikation von Washington schafft für Deutschland selbst ein neues Recht. Vielmehr kommen die Grundzüge des Washingtoner Abkommens über den Schiffsundentag bereits in dem Arbeitsvertrag zur Anwendung. Durch die Anerkennung des Washingtoner Abkommens erfolgt also lediglich eine völkerrechtliche Bindung im Sinne des internationalen Vertrags.

Wissell wurde in letzter Zeit eine Reform des Schlichtungswesens gefordert. Der Reichsarbeitsminister weist die von industrieller Seite gemachte Unterstellung, als ob er auf Zwangsregeln in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verzichtete, entschieden zurück. Staatlicher Zwang ist wahrlich kein Ideal. Wo aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer trotz des großen Zeitraums, den ihnen die Schlichtungsordnung gibt, zu einem Arbeitsvertrag nicht kommen, da hat der Staat durch die Arbeitsvermittlung die Pflicht, die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch eine gesamte Einheit zu fördern. Ein solches Eingreifen des Staates entspricht dem Volkswillen; hat doch der vorige Reichsarbeitsminister, von der Verbündlichkeitserklärung überall dort Gebrauch zu machen, wo eine freiwillige Regelung des Arbeitsverhältnisses am Tarifwillen einer Partei scheitert. Bei dieser Gelegenheit hat sich jedoch bereit, Vorschläge zur Befestigung von Maßnahmen im Schlichtungswesen stets zu prüfen.

Der Gesetzentwurf über die Beschäftigung in der Bauwirtschaft, der dem Reichstag vorliegt, ist im Reichsarbeitsministerium nochmals durchgearbeitet worden; die Ergebnisse der Überarbeitung werden die Grundlagen zu Entwürfen der Reichsregierung bei der Weiterberatung des Entwurfes bilden.

Die Neuregelung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nach dem Gesetz vom 16. Juni 1927 ist noch im organisatorischen Aufbau begriffen. Die Landesämter für Arbeitsvermittlung sind am 1. Februar d. J. in die Reichsanstalt eingegliedert; die Landesarbeitsämter sind auf 18, die Arbeitsämter von 887 auf 200 gesunken. Die Eingliederung der Arbeitsämter dürfte bis zum 1. Oktober erfolgt sein; vor allem ist ein Ausbau der landlichen Arbeitsämter erforderlich, um sie für eine

wirksame Tätigkeit zeit zu machen. Ein abschließendes Urteil über die Neuorganisation ist bei diesem Stand der Dinge jedoch noch nicht möglich. Der Minister ging dann weiter auf die Probleme der beruflichen Arbeitslosigkeit der Krisenunterstützung ein, über die er schon an anderer Stelle gesprochen hat. Beabsichtigt ist grundsätzlich die Einbeziehung der Fabrikarbeiter in die Krisenunterstützung überall da, wo die Fabrikarbeiter die Unterstützung erhalten und von deren Beschäftigung diejenige der Fabrikarbeiter abhängig ist.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den kommenden Monaten läßt sich noch nicht überblicken. Sollte die Arbeitslosigkeit zunehmen, so werden zunächst

die öffentlichen Kraftfahrarbeiten verstärkt werden. Das Kabinett wird sich ferner mit der Ausdehnung der Krisenunterstützung auf 30 Wochen beschäftigen müssen, die der Reichstagsausschuß am Dienstag gefordert hat. Ferner will man im Falle steigender Arbeitslosigkeit die Vergabe öffentlicher Aufträge steigern, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Reichsarbeitsminister Wissell erklärte, er werde nichts unversucht lassen, um das Los der schwer betroffenen Volksgenossen, insbesondere der langfristigen Arbeitslosen, soweit als irgendmöglich zu erleichtern.

Neben der Verbesserung der Kleinrentnerhilfe ist die Rationalisierung der Reichsversicherung eine der nächsten Aufgaben des Reichsministeriums. Die anerkannten Regeln der Betriebswirtschaft müssen auch die Sozialversicherung mit sich bringen. Beabsichtigt ist weiter die Ausdehnung der Unfallversicherung auf eine ganze Anzahl von Berufsarten in der chemischen Industrie, ferner die Staublungenkrankheit im Bergbau sowie Hautschädigungen durch Schweiß und Anstrichen. Ein dem Reichstag zugedachter Gesetzentwurf wird bereits die Unfallversicherung auf Feuerwehren, Krankenhäuser, Laboratorien, Schauspielunternehmungen und Lichtspielbetriebe ausdehnen. Die außerordentlich wichtige Frage, ob insbesondere Kleinbetriebe in Handel und Gewerbe, wie Gast- und Schankwirtschaften in die Unfallversicherung einbezogen werden sollen, unterliegt noch der Prüfung. — Juedes

Förderung des Wohnungsbaues sollen jetzt auch Auslandsgelder herangezogen werden, und zwar besonders zur Herstellung von Kleinwohnungen für die breite Masse der Bevölkerung und in Gebieten, in denen die Wohnungsmittelproduktion behindert hervortritt. Die landwirtschaftliche Siedlung muß durch bessere Zusammenarbeit zwischen dem Reich und den Ländern sowie durch tabellare Kostensenkung gefördert werden. Sind doch die geeigneten Siedlungsbereiche gewöhnlich unter den Kleinbauern und Landarbeitern zu finden, die keine großen Anzahlungen leisten können. Die Ankaufpreise der Siedlungsgüter wie die Baukosten müssen erheblich verbilligt werden.

Reichsarbeitsminister Wissell erklärte zum Schluß, daß er auch den Kriegsbeschädigten und Kriegerverwundeten die besten im Rahmen des finanziell Möglichen zu helfen suchen werde. Vor allem wird man alleinstehende erwerbsunfähige Witwen sowie Eltern besonders vor Härten schützen müssen, wozu schon jetzt der Verwaltungsweg eine Möglichkeit bietet.

Zwei Welten

Amnestie in Deutschland — Blutorgien in Rußland

Der Rechtsausschuß des Reichstags hat am Mittwoch einen Amnestie-Gesetzentwurf der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten mit allen Stimmen gegen die Stimme der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Der Entwurf gewährt Straferlass für die bei der Verurteilung des Gesetzes rechtskräftig erkannten und noch nicht verbüßten Strafen, die von den Gerichten des Reiches oder der Länder wegen Straftaten verhängt wurden, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind, oder die wegen Zuwiderhandlungen gegen das Militärstrafgesetz von Militärgerichten am 1. Oktober 1920 rechtskräftig erkannt worden sind. Schwere Strafen werden eingestellt, wenn die Tat vor dem 1. Januar 1928 begangen worden ist. Ausgeschlossen von der Straferlass sind Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus politischen Beweggründen begangen ist. Bei Verbrechen gegen das Leben und solchen Straftaten, zu deren Durchführung der Täter ein Verbrechen gegen das Leben begangen hat, werden die erkannten Freiheitsstrafen auf die Hälfte herabgesetzt. Die Stelle von Zuchthaus tritt Gefängnis; lebenslängliche Zuchthausstrafen werden in lebenslängliche Gefängnisstrafen von 7½ Jahren umgewandelt. Enthält eine Gesamtstrafe Einzelstrafen wegen einer Verurteilung, die unter das Amnestiegesetz fällt, so wird die Gesamtstrafe entsprechend gekürzt. Bemerkte über Strafen, die von der Amnestie erfaßt werden, sind im Strafgesetzbuch zu tilgen.

In einer Entschließung ersucht der Rechtsausschuß die

Reichsregierung, bei den Ländern dahin zu wirken, daß Personen, die aus wirtschaftlicher Not und anläßlich des passiven Widerstandes straffällig geworden sind, bei der Ausübung des Wahlrechtes in besonders wohlwollender Weise berücksichtigt werden. — Eine Entschließung des deutschnationalen Abgeordneten Everling, den Fememörderern alsbald vollen Straferlass zu gewähren und ihre Gefängnisstrafen zunächst in Festung umzuwandeln, wurde abgelehnt.

Die Amnestie entspricht nicht allen Anforderungen, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an sie gestellt hat. Immerhin wird sie Tausende von politischen Gefangenen in Deutschland in die Freiheit zurückführen.

Die Sowjetregierung hat fünf im Schacht-Prozess gefällte Todesurteile vollstrecken lassen.

Die deutsche Republik zeigt durch die Amnestie, daß sie ein Kulturstaat ist, der das Recht und die Humanität über brutale politische Vergeltungen stellt.

Sowjetrußland demonstriert der Welt durch den grausamen Akt des Terrors, daß es außerhalb der Reihe der Kulturstaaten steht und nicht Recht, sondern Willkür kennt.

Es ist ein großer, grundlegender Gegensatz: Hier Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Kulturwille, dort Willkür, Barbarei und die Methoden des asiatischen Despotismus.

Diese Gegensätze, die heute so scharf hervortreten, sind unveränderbar. Man muß zwischen ihnen wählen und ein Bekenntnis ablegen, ein klares: Entweder-Über.

Die deutsche kommunistische Partei zeigt diesem Gegensatz gegenüber ein doppeltes Gesicht. Sie schreit nach Amnestie in Deutschland und bejubelt gleichzeitig

die Blutorgien des russischen Despotismus. Hier in Deutschland zeigt sie sich ihren Anhängern in der Masse der Menschlichkeit, gegenüber der Orgie des russischen Terrors zeigt sie die grinsende Frage eines vom Blut Berauschten.

Politik und Moral sind untrennbar. Die deutschen Kommunisten offenbaren mit ihrer widerspruchsvollen Haltung, daß sie jeder politischen Moralität bar sind, daß sie unter dem Einfluß der barbarischen Methoden des russischen Despotismus in sittliche Anarchie verfallen sind. Sie verbergen ihre Verlogenheit hinter einer leeren Doktrin, hinter einer Auffassung des Klassenkampfes, die die sittlichen Triebkräfte und die idealistischen Ziele des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse verleugnet. „Was wollt ihr“, so fragen sie ihren Anhängern, „die Amnestie fordern wir für unsere Klassenbrüder, das Schwert des Henkers für den Klassenfeind. Die Amnestie hier und die Blutjustiz dort — sie sind beide nur der Ausfluß unserer Klassenkämpferischen Gesinnung!“

Heute rufen die Kommunisten in Deutschland nach der Amnestie. Vor noch nicht zwei Monaten haben deutsche Kommunisten deutsche Arbeiter und Sozialdemokraten im Wahlkampf aus vertieftem Haß, aus barbarischer Gesinnung ermordet! Hamburg und Glauchau! Eine so belassene Partei hat nicht das Recht, im Namen der Moral die Amnestie zu fordern!

Die deutsche Amnestie, die in diesen Tagen Gesetz werden wird, ist die Folge des Wahlsieges der deut-

Berschwörung in Spanien

100 Personen verhaftet
J. Madrid, 12. Juli. (Sig. Funf.) Ein amtliches Kommuniqué der spanischen Regierung, das gestern abend hier ausgegeben wurde, meldet, daß man einer neuen Berschwörung auf die Spur gekommen sei, die ein Attentat gegen den König anläßlich der Einweihung der Transpyrenen-Bahn am 18. Juli beabsichtigt habe. Inzwischen wurden in Madrid, Barcelona und Saragossa 100 Personen verhaftet. Die Polizeimaßnahmen für die Einweihungsfeierlichkeiten sind wesentlich verstärkt worden.

In dem amtlichen Kommuniqué heißt es zum Schluß, daß die Untersuchung keine Rücksicht auf die amtliche Stellung derjenigen Personen nehme, die einer Mitschuld überführt werden sollten. Dieser Satz hat große Sensation in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Man glaubt daraus schlußfolgern zu können, daß auch hohe militärische und politische Persönlichkeiten mit in das Komplott verwickelt seien.

Die deutsche Sozialdemokratie hat diese Amnestie verlangt und durchgesetzt, nicht, weil sie parteipolitisch daran interessiert ist, sondern weil sie ihrer Weltanschauung, ihrem Kulturwillen, ihren humanitären Zielen und ihrem Staatsgefühl entspricht.

Wir bekennen uns zu dem Gedanken des Kulturstaates, wir weisen die Methoden barbarischer Vergeltung von uns, wir wollen nicht, daß politische Gefangene auch nur einen Tag länger hinter Mauermauern sitzen, als es die wirkliche Sicherheit des Staates erfordert. Deshalb hat die Sozialdemokratische Partei die Amnestie gefordert und durchgesetzt, während in Sowjetrußland blutiger Terror die Sache der Arbeiterschaft und des Sozialismus schändet!

Immer langsam

Dem Rechtsausschuß des Reichstages ist am Mittwoch die Vorlage über den Nationalfeiertag zugegangen. Die Vorlage steht als zweiter Punkt auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung. Ihrer Beratung dürfte insbesondere von der nationaler Seite harter Widerspruch entgegengebracht werden. Abgesehen davon ist in Anbetracht der zahlreichen von der Opposition zu erwartenden Änderungsanträge technisch kaum die Möglichkeit zur Erledigung des Gesetzentwurfes gegeben. Die Vorlage des Reichsrates wird deshalb voraussichtlich erst im Herbst zur Beratung gelangen.

Die preussische Regierung dürfte aus dieser Situation die Konsequenzen ziehen und dafür Sorge tragen, daß wenigstens in Preußen des 11. August auch in diesem Jahre in würdiger Weise gefeiert wird.